

Zeitschrift: Schweizer Schule
Band: 63 (1976)
Heft: 18: Analyse und Beurteilung von Unterricht

Rubrik: Umschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wir prüften die Saldi der Bilanz und der Erfolgsrechnung mit den entsprechenden Konten der Buchhaltung und stellten völlige Übereinstimmung fest. Die Vermögenswerte wurden uns am Revisionstage vollständig ausgewiesen. Sie sind solid angelegt und befinden sich im freien, unbelehnten Bankdepot. Ein Bargeldverkehr findet nicht statt. Alle Zahlungen werden über den Postcheck abgewickelt. Stichprobenweise prüften wir die Prämieingänge einerseits und die Kassenleistungen mit den entsprechenden Ausgabenbeträgen andererseits. Die im Berichtsjahr zweimal durchgeführten unangemeldeten Vermögenskontrollen ergaben volle Übereinstimmung der ausgewiesenen Vermögenswerte mit den Buchsaldi. Unser Kassier, Herr Alfred Egger, bewältigt ein gewaltiges Arbeitspensum und verdient Dank und Anerkennung. Dank verdient auch die Kommission mit dem umsichtigen Präsidenten Herrn Paul Eigenmann, der uns an der Revision bereits mit dem Jahresbericht überraschte.

Wir unterbreiten Ihnen folgende Anträge:

- a) Die Jahresrechnung und die Bilanz pro 1975 seien zu genehmigen. Der Kassier sei zu entlasten.
- b) Dem Präsidenten, Kassier und Aktuar sei für ihre gewissenhafte Arbeit der wohlverdiente Dank auszusprechen.

St. Gallen, 14. April 1976

Die Revisoren:

J. Joller R. Hoegger H. Schläuri

Protokoll über die Urabstimmung vom Juni 1976

1. Anträge der Revisoren				
ausgeteilte Stimmzettel				1110
eingegangene Stimmzettel				473

ja nein leer ung.

a) Die Jahresrechnung und die Bilanz pro 1975 seien zu genehmigen. Der Kassier sei zu entlasten.	472	—	1	—
---	-----	---	---	---

b) Dem Präsidenten, Kassier und Aktuar sei für ihre gewissenhafte Arbeit der wohlverdiente Dank auszusprechen.	469	1	3	—
--	-----	---	---	---

Beide Anträge sind genehmigt.

2. Wahl des Vorstandes und der Revisoren				
ausgeteilte Stimmzettel				1110
eingegangene Stimmzettel				498

Es erhielten Stimmen:

1. Präsident	Paul Eigenmann	498
2. Kassier	Alfred Egger	498
3. Aktuar	Karl Tiefenauer	498

4. Revisor	Josef Joller	496
5. Revisor	Räto Hoegger	496
6. Revisor	Hans Schläuri	496

Alle Funktionäre sind für die Jahre 1977–1980 gewählt.

Stimmbeteiligung: 44,9 Prozent.

Die Richtigkeit der Auszählung bezeugen die Revisoren: *R. Hoegger, H. Schläuri, J. Joller*

Der Präsident: *P. Eigenmann*

Der Aktuar: *K. Tiefenauer*

St. Gallen, 8. Juli 1976

Umschau

Gesamtschule –

Soziale Integration oder Entwurzelung?

Ein abgeschlossenes Forschungsprojekt der Hochschule Aargau, Vorbereitungsstufe

Die Gesamtschule stand im Laufe der letzten Jahre im Mittelpunkt oft leidenschaftlicher Diskussionen. Sowohl in der heftigen Ablehnung als auch in der ebenso heftigen Befürwortung spielten ideologische Argumente meist eine wichtigere Rolle als gesichertes Wissen. Einer der umstrittenen Punkte betrifft die Verwurzelung der Schüler in der Gruppe, der sie angehören.

Im Gegensatz zur traditionellen Schule, in welcher der Schüler Teil eines festgefügtten Klassenverbandes ist, wechselt er in der integriert-differenzierten Gesamtschule zwischen mehreren Gruppen (Kerngruppen, Niveaugruppen, Wahlfach- und Freifachgruppen), die immer wieder etwas anders zusammengesetzt sind. Wie wirken sich diese Wechsel aus? Haben sie zur Folge, dass die Schülergruppen einen geringeren inneren Zusammenhalt aufweisen als Jahrgangsklassen? Wird es für den Schüler schwieriger, Kameradschaften mit Mitschülern anzuknüpfen? Fühlt er sich seinen Gruppen weniger verbunden?

Eine empirische Untersuchung der Vorbereitungsstufe der Hochschule Aargau (Dr. U. Hedinger, Dr. L. Scheier) ging diesen Fragen an der Gesamtschule Dulliken nach. Die Forscher bedienen sich dabei der Methode der Soziometrie (Messung der Beziehungen zwischen den Individuen einer Gruppe). Aufgrund verschiedener Fragen (wie z. B.: Mit wem möchtest du am liebsten zusammenarbeiten? Wen würdest du zu deinem Geburtstag einladen?) wurde die Zahl positiver, indifferenten und negativer Beziehungen zwischen den Schülern verschiedener Kerngruppen an der Gesamtschule und zweier traditioneller Primarschulklassen festgestellt. Gut integrierte Gruppen

zeichnen sich dabei unter anderem durch folgende Merkmale aus:

- Es gibt in ihnen keine oder nur wenige Aussen-seiter;
- Sie weisen ein dichtes inneres Beziehungsnetz auf; die meisten Gruppenmitglieder stehen in (möglichst gegenseitiger) Beziehung zueinander, wenige verhalten sich indifferent zueinander oder lehnen sich ab;
- Sie spalten sich nicht oder nur in geringem Masse in Untergruppen auf.

Einige der wichtigsten Resultate der Untersuchung, die von 1972 bis 1976 dauerte, können wie folgt zusammengefasst werden:

- Gegenseitige Nichtbeachtung kommt unter den Schülern der Gesamtschule nicht häufiger, aber auch nicht eindeutig seltener vor als an der Primarschule (sogenannter Index der Indifferenz).
- Die einzelnen Schülergruppen unterscheiden sich zwar in der Dichte der Beziehungsnetze (Sympathiebeziehungen) in bedeutsamer Weise voneinander (sogenannter Index der sozialen Interaktion); ein Unterschied zwischen Gesamtschule und traditioneller Primarschule besteht aber hinsichtlich dieses Merkmals nicht.

Gesamthaft kann gesagt werden, dass die Kerngruppe an der Gesamtschule für den Schüler die gleiche Funktion und Bedeutung hat wie die Klasse in der Primarschule. Die bisweilen geäusserten Befürchtungen über mögliche desintegrierende Wirkungen der Gesamtschule treffen also zumindest in Dulliken nicht zu.

Das Forschungsprojekt zeigt, wie wissenschaftliche Begleituntersuchungen zu Schul- und Unterrichtsversuchen zur Objektivierung und Rationalisierung pädagogischer und bildungspolitischer Diskussionen beitragen können. Konkret werden seine Ergebnisse mit einer der Entscheidungsgrundlagen bilden, aufgrund derer die zuständigen Instanzen über die Weiterführung der Gesamtschule in Dulliken beschliessen werden.

Veröffentlichungen zum Projekt:

- Hedinger U., Scheier L.: «Sympathiebeziehungen und Gruppenbildung unter Schülern – Vergleich einer Primarschule und einer Gesamtschule», in «Aargauer Beiträge zur Bildungsforschung», Band 1, Sauerländer, Aarau, 1976, Seiten 98 bis 114.
- Hedinger H., Scheier L.: «Soziale Integration oder Entwurzelung? Ein Beitrag zur Sozialpsychologie der Schule, Soziometrische Untersuchungen zum Vergleich von Primarschule und Gesamtschule», in «Aargauer Beiträge zur Bildungsforschung», Band 2, Sauerländer, Aarau 1976 (im Druck).

Kontaktadresse:

Dr. Urs K. Hedinger, Hochschule Aargau, Vorbereitungsstufe, Entfelderstrasse 61, 5000 Aarau, Telefon 064 - 21 19 00.

Psychoorganische Behinderung

Mit über 800 Teilnehmern, vorwiegend aus dem Kanton Zürich, aber auch aus andern Teilen der Schweiz sowie aus der Bundesrepublik Deutschland wurde in Zürich eine Wochenendtagung über «Das psychoorganisch leistungsbehinderte Kind in Schule, Elternhaus und Beruf» durchgeführt. Sie wurde durch den seit 2 Jahren bestehenden Elternverein für Kinder mit leichten psychoorganischen Funktionsstörungen (Elpos) durchgeführt, der etwa hundert Mitglieder ausschliesslich aus der Region Zürich zählt.

Vorgängig der Tagung ist an einer Pressekonferenz des Vereins dargelegt worden, dass die heutige Schule den psychoorganisch leistungsbehinderten Kindern nicht gerecht werde. Es wird eine grössere Toleranz, eine grössere individuelle pädagogische Hilfe innerhalb der normalen Schule gegenüber diesen Kindern verlangt. Normal intelligente Kinder mit leichten Sprach-, Wahrnehmungs- und Verhaltensstörungen als physischer Beeinträchtigungen gewisser Hirnfunktionen könnten bei rechtzeitiger Erfassung und mit geeigneten Massnahmen gefördert und absolut integriert werden.

Weltweit sollen etwa zwei bis vier Prozent aller Schulanfänger die Symptome des kindlichen organischen Psychosyndroms aufweisen, also psychoorganisch leistungsbehindert sein. Das belastende Gefühl, kein vollwertiges Glied der Leistungsgesellschaft zu sein, treibe später viele ehemalige Psychoorganiker in asoziales, ja antisoziales, selbstzerstörerisches Verhalten. Psycho-soziale Instabilität, Süchtigkeit, suizidale Tendenz, Kriminalität stünden am Ende so manchen Lebensweges jener Kinder, deren zentrale Funktionsstörungen nicht als solche rechtzeitig erkannt werden. Wichtig seien die Früherfassung der psychoorganisch behinderten Kinder und das systematische Training der gestörten motorischen und der ungenügenden Wahrnehmungsfunktionen.

Die Tagung, welche zur interdisziplinären Zusammenarbeit zugunsten des Kindes mit zentralen Funktionsstörungen Anstoss geben sollte, brachte unter anderem Referate von Prof. Dr. med. Robert Corboz, Prof. Dr. med. Heinz Herzka, Prof. Dr. phil. Marcel Müller-Wieland, alle in Zürich, und Prof. Dr. med. Reinhart Lempp aus Tübingen.
(aus: «Vaterland» Nr. 195)

*Die Willenskraft der Schwachen
heisst Eigensinn.*

Marie Ebner-Eschenbach

Junge CVP kritisiert Bildungspolitik

Bund und Kantone sollen die Resignation in der Bildungspolitik überwinden. Diese Forderung erhebt der Vorstand der jungen CVP der Schweiz, der sich an einem Seminar mit der schweizerischen Bildungspolitik auseinandergesetzt und ein ernüchterndes Fazit gezogen hat. Seiner Ansicht nach ist unter dem Eindruck der Rezession der Reformwille der sechziger Jahre einer Resignation gewichen, wie es in einem Communiqué heisst.

Um die Resignation zu überwinden, hat die junge CVP verschiedene «vordringliche Punkte zur Bildungspolitik» formuliert: Ein neuer Anlauf, die Bildungsartikel der Bundesverfassung zu revidieren, sei überfällig. – Im nächsten Jahrzehnt sollten die Benachteiligten zum Zuge kommen, die in grossen Schulklassen zurückbleiben, schulische Misserfolge hinnehmen müssten oder auf besondere Förderungsmassnahmen angewiesen seien. Damit kein Bildungsweg zur Sackgasse werde, sei zwischen den Schultypen vermehrte Durchlässigkeit anzustreben. Zu frühe Berufs- und Schulwahlentscheide seien zu vermeiden. Das Platzangebot der Hochschulen müsse «unverzüglich» erweitert werden, da ein Numerus clausus die Freiheit der Berufswahl verletze. Bund und Kantone hätten dafür besorgt zu sein, dass die «stossenden Unterschiede» bei den Stipendienansätzen der Kantone ausgeglichen werden. Das Angebot an zinslosen Ausbildungsdarlehen sei auszubauen.

Aus Kantonen und Sektionen

Schwyz:

Junglehrer sollen intensiv betreut werden

ed. Der Erziehungsrat hatte im vergangenen Jahr «Weisungen zur Fortbildung der Volksschullehrer» erlassen. Sie sind die Grundlage, auf welcher sich die Kurse der Lehrerfortbildung im abgelaufenen Jahr abstützten. Die Kurse sind Teile der permanenten Bildung der Lehrer und Erzieher. Jährlich stehen fünf Tage dafür zur Verfügung. Eine besonders hierfür bestimmte Kommission berät das Bildungsprogramm, wobei sie Rücksicht auf die besonderen Anliegen der Lehrer oder Anweisungen der Erziehungsbehörden nimmt. Zur Lehrerfortbildung gehören nicht nur die im eigenen Kanton angebotenen 33 Kurse verschiedenster Fachrichtungen, sondern auch solche des Schweiz. Vereins für Handarbeit und Schulreform, aber auch die Teilnahme am sogenannten Funkkolleg. 65 Lehrkräfte aus dem Kanton Schwyz haben das Kolleg «Beratung in der

Erziehung» erfolgreich abgeschlossen. Das Kursangebot stösst allenthalben auf ein positives Urteil.

Junglehrerberatung

Seit langer Zeit hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass der Lehrerberuf nicht ohne dauernde Fortbildung ausgeübt werden kann. Einer speziellen Beratung bedürfen aber die Junglehrer, die, aus dem Seminar kommend, eine erste Stelle annehmen und sich manchmal vor Probleme gestellt sehen, denen sie nicht oder kaum gewachsen sind. Deshalb fordert der Bericht «Lehrerbildung von morgen» eine institutionalisierte Form der Betreuung junger Lehrkräfte an der Volksschule während der Phase der Berufseinführung.

Aus diesen Überlegungen stimmte der Erziehungsrat einem Modell zu, aufgrund dessen die jungen Lehrkräfte während des 1. und 2. Berufsjahres Berater finden, zu denen sie mit ihren Fragen gehen dürfen. Die Junglehrerberatung soll den Neudiplomierten befähigen, die Probleme, die auf ihn zukommen, wahrzunehmen und zu meistern. Weiter soll sie ihm ermöglichen, Entschiede in der Schulplanung über grössere Zeiträume zu fällen, die Unterrichtsform den verschiedenen Situationen anzupassen und die Schüler in ihrem Verhalten und ihren Leistungen zu beurteilen. Die Junglehrer sollen zudem fähig werden, die anfallenden administrativen Aufgaben termingerecht zu erledigen.

Das Modell Junglehrerberatung wird als Versuch gestartet, um stets den Verhältnissen angepasst werden zu können. Sofern es möglich ist, sollen alle jungen Lehrkräfte aller Stufen in den Genuss des Beratermodells kommen.

Aargau:

Eine Aktion Hochschule Aargau

Das Projekt einer Hochschule Aargau ist noch nicht populär. Dies einerseits, weil man sich darüber falsche Vorstellungen macht, und andererseits, weil man neue finanzielle Verpflichtungen scheut. Hier möchte nun die neu gegründete «Aktion Hochschule Aargau» (AHA) einsetzen.

Das aargauische Engagement

Regierungsrat Dr. Arthur Schmid legte dar, dass heute acht Kantone die Belastung im Hochschulbereich allein tragen. Über kurz oder lang müsse aber ein Ausgleich geschaffen werden. Dieser wird für den Aargau entweder in der finanziellen Unterstützung der Hochschulkantone oder in einer eigenen Leistung im Hochschulwesen bestehen. Im einen Fall wird der Aargau jährlich 20 bis 30 Millionen Franken an die Hochschulkantone zu zahlen haben. Im andern Fall wird er sich für die Schaffung einer Hochschule für Bildungswissenschaften, wie sie im Gesetzesentwurf vom